

B e r i c h t

über die 14. turnusmäßige Tagung des Komitees der
Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmer-
staaten des Warschauer Vertrages am 24. und 25. März 1987
in Moskau

1. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Einschätzung des bei der Verwirklichung der Übereinstimmungen von Reykjavik erreichten Standes sowie die Abstimmung der vorrangigen gemeinsamen außenpolitischen Aufgaben, die sich aus der sowjetischen Initiative zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa, der weiteren Arbeit mit dem Budapester Appell und aus dem KSZE-Folgetreffen in Wien ergeben.

Im Rahmen der Tagung fand ein informelles Treffen im Kreis der Außenminister statt, auf dem insbesondere Fragen der weiteren inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung der Zusammenarbeit im Bündnis erörtert wurden.

2. Die Außenminister wurden am 25. März vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen.

3. Es wurden angenommen:

- ein Kommuniqué (ND v. 26. 3. 1987)
- ein Dokument für die Entwicklung des gesanteuropäischen Prozesses und den erfolgreichen Abschluß des Wiener Treffens (ND v. 26. 3. 1987)
- eine Erklärung zur Frage des Verbots der chemischen Waffen (ND v. 27. 3. 1987)

- Grundsätze für die Arbeitsweise der multilateralen Gruppe des Warschauer Vertrages für operativen Informationsaustausch, die der Berliner Tagung des PBA zur Annahme vorgelegt werden sollen.
- ein Appell der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an die NATO-Staaten zur Frage eines Moratoriums über Militärausgaben (Veröffentlichung am 10. 4. 1987)
- das interne Protokoll der Tagung

4. Die Tagung war von dem Bestreben aller Teilnehmerstaaten bestimmt, die insbesondere im Ergebnis des Treffens in Reykjavik und der dynamischen sozialistischen Friedenspolitik entstandenen günstigeren internationalen Bedingungen initiativreich zu nutzen, um noch mit der im Amt befindlichen USA-Regierung konkrete Ergebnisse auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung/Abrüstung herbeizuführen. Es bestand Obereinstimmung, die Anstrengungen noch wirksamer zu koordinieren und auf folgende Schwerpunkte zu richten:

- a) Als gegenwärtig wichtigste gemeinsame Aufgabe wird die allseitige politisch-diplomatische und propagandistische Unterstützung der sowjetischen Initiative zum Abschluß eines Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa betrachtet. Obereinstimmend wurde die Auffassung vertreten, daß einer solchen ersten Vereinbarung eine Schlüssel-funktion für den gesamten Prozeß der nuklearen Abrüstung zukommt. Gen. Schewardnadse schätzte ein, daß eine entsprechende Vereinbarung noch bis zum Beginn des Wahlkampfes in den USA möglich sei. Dies könne auch dazu führen, daß in der Frage von SDI Bewegung entsteht. Eine reale Beurteilung

der Aussichten sei jedoch erst nach dem Besuch von
US-Außenminister Shultz in Moskau möglich. 7/16

Parallel zu den Anstrengungen um ein Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen wurde darauf orientiert, eine noch breitere politische und propagandistische Front gegen die Weltraumrüstungspläne der USA zu schaffen und damit die sowjetischen Positionen zu stärken. Gen. Schewardnadse bekräftigte den Kurs der Sowjetunion auf einen Kompromiß in der Frage von SDI. Eine Gegenrüstung müsse unter allen Umständen vermieden werden. Die Verhandlungen mit den USA würden aktiv geführt. Es bestand Übereinstimmung, alles zu tun, um das sowohl in Westeuropa als auch in den USA selbst für die Erhaltung des ABM-Vertrages wirkende Kräftepotential zu stärken. Auf Vorschlag der Sowjetunion wurde die Schaffung einer Expertenarbeitsgruppe zur nuklearen Abrüstung vereinbart, die sich auch mit den Fragen regionaler Initiativen befassen soll. Auf Vorschlag der UdSSR sollen zwischen der DDR, CSSR und UdSSR Konsultationen über konkrete Fragen der künftigen Verhandlungen über die operativ-taktischen Raketen (z. B. die Kontrollproblematik) durchgeführt werden.

- b) Alle Bruderstaaten gingen davon aus, daß der politische Dialog, für den mit der jüngsten sowjetischen Initiative neue Möglichkeiten eröffnet wurden, unverzichtbar ist, um den sich vollziehenden Umdenkungs- und Differenzierungsprozeß sowohl in Westeuropa als auch in den USA und der NATO selbst zu verstärken. Als besonders wichtig wurde hervorgehoben, kurzfristig die weiteren Schritte abzustimmen, die notwendig sind, um zu erwartenden verstärkten Ausweich- und Ablenkungsmanövern der konservativen Kräfte von vornherein wirksam zu begegnen.

Zu den Beziehungen mit den USA unterstrich Gen. Schewardnadse, daß die UdSSR auch weiterhin in allen Richtungen

aktiv sein werde. Die Schwäche der Administration erschwere jedoch ein Zustandekommen von Abkommen. Wichtig sei, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in der Wahlkampf-Phase ruhig verlaufen, um die Perspektive offen zu halten. Die Frage eines neuen Gipfeltreffens werde beim bevorstehenden Besuch von Shultz in Moskau nicht aufgeworfen.

Als wichtige Aufgabe wurde die Verstärkung des Dialogs gegenüber Nordeuropa sowie in der Mittelmeerregion charakterisiert.

Die CSSR regte an, als multilaterale Dialogebene Kontakte zwischen politischen und militärischen Vertretern des Warschauer Vertrages und der NATO ernsthaft vorzubereiten.

- c) Es wurde vereinbart, für die Arbeit mit dem Budapester Appell alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um weiterhin in der Offensive zu bleiben. Die gemeinsame Ausarbeitung der inhaltlichen Fragen des Mandats künftiger Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa wird in der bestehenden Expertenarbeitsgruppe beschleunigt.

Als gemeinsame Grundposition für die gegenwärtige Etappe wurden abgestimmt:

- Orientierung der Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Abrüstung im Rahmen von Stockholm-II
- Verhinderung einer Herauslösung der Abrüstungsproblematik aus dem gesamteuropäischen Prozeß (Mandat für künftige Verhandlungen muß Wiener Treffen vorbehalten bleiben)

- Wahrung der engen Verbindung zwischen informellen Konsultationen mit der NATO und dem Wiener KSZE-Treffen
- Verstärkung der Anstrengungen gegenüber den neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten, mit den kleinen NATO-Ländern und auch mit Frankreich:

Es bestand Übereinstimmung, im Interesse eines baldigen Übergangs zu konkreten Verhandlungen flexibel vorzugehen und der NATO keinen Vorwand zu geben, diese bereits im Stadium informeller Konsultationen zu blockieren. Die VRB, UVR, VRP und DDR befürworteten eine aktivere Nutzung der Möglichkeiten der informellen Konsultationen zwischen Warschauer Vertrag und NATO in Wien. Die Sowjetunion regte in diesem Zusammenhang an, Alternativvarianten für die Frage, auf welchem Forum die künftigen Verhandlungen geführt werden sollen, auszuarbeiten.

Zu den Wiener Verhandlungen wurde vereinbart, so bald als möglich eine Abstimmung vorzunehmen, um auszuschließen, daß die NATO diese Verhandlungen zu einer Blockierung der Aufnahme neuer Verhandlungen zur konventionellen Abrüstung nutzen kann.

Die SRR, die in allgemeiner Form den Budapester Appell bekräftigte, war bestrebt, die Tagung zu nutzen, um die Unterstützung der anderen Bruderstaaten für ihren in Wien eingebrachten separaten Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz zur konventionellen Abrüstung zu erhalten (neue vertrauensbildende Maßnahmen; Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen sowie Militärausgaben bis zum Jahr 2000 um 50 Prozent).

- d) Alle Bruderstaaten sprachen sich dafür aus, die Anstrengungen um die Herbeiführung von regionalen Lösungen sowohl auf nuklearem als auch auf dem Gebiet der C-Waffen dynamischer und mehr mit der Kraft des gesamten Bündnisses vorzutragen.

Die UdSSR, UVR, CSSR, VRP und VRB unterstützten ausdrücklich die entsprechenden Bemühungen und Vorschläge der DDR, die Vorstellungen der DDR zum weiteren Vorgehen sowie der Gedanke, Vorschläge für ein konventionelles Auseinanderrücken in Europa zu prüfen, wurden positiv aufgenommen.

Die VRP informierte, daß sie unter Berücksichtigung aller bereits unterbreiteten Vorschläge die Problematik einer komplexen Verminderung der Spannungen in Mitteleuropa - entlang der Berührungslinie Warschauer Vertrag - NATO - ausarbeite.

- e) Zum KSEE-Treffen in Wien sollen kurzfristig die konzeptionellen Voraussetzungen im Bündnis geschaffen werden, um den Übergang zu Verhandlungen zu fördern. Dafür sind die eigenen Vorschläge zu präzisieren und die Anknüpfungspunkte in westlichen Vorschlägen herauszuarbeiten, insbesondere im Bereich der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit.

Allgemein wurde gefordert, die Arbeit im Bereich des "3. Korbes" produktiver zu gestalten. Schwerpunkt bleibt die Initiative der UdSSR zur Einberufung einer Konferenz zur humanitären Zusammenarbeit, wobei auch andere realisierbare Vorschläge über Maßnahmen zu einzelnen Fragen der humanitären Problematik nicht abgelehnt werden sollten.

- f) Die Bruderstaaten verständigten sich, rechtzeitig vor der 42. UN-Vollversammlung eine Konzeption und ein Aktionsprogramm zur Schaffung eines umfassenden Systems der Sicherheit fertigzustellen, um diese gemeinsame Initiative weiter voranzubringen. Ziel müsse es sein, auf der 42. UN-Vollversammlung eine höhere Etappe im Dialog mit

den nichtpaktgebundenen Staaten wie den westlichen
Ländern zu erreichen.

27

5. Zum Stand der außenpolitischen Koordinierung wurden von allen Außenministern die gewachsene Intensität und inhaltliche Breite hervorgehoben. Es wurde darauf orientiert, die Effektivität zu verbessern und sie auf die Hauptfragen zu konzentrieren.

Es wurde vereinbart:

- a) Die Durchführung von Treffen stellvertretender Außenminister bzw. entsprechender Vertreter der Außenministerien zu den Fragen: Wiener KSZE-Treffen (Warschau), Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen (Budapest), Initiative zur Schaffung eines umfassenden Sicherheitssystems (Moskau), Politik gegenüber Nord-europa (Moskau), Wiener Verhandlungen (Prag).
- b) Die Schaffung einer Expertenarbeitsgruppe zu Fragen der nuklearen Abrüstung, einschließlich der Schaffung kernwaffenfreier Zonen (Moskau).
- c) Die Fortsetzung der Tätigkeit der Expertenarbeitsgruppen zu den Fragen:
Einfrieren von Rüstungsbudgets (Bukarest), Arbeit mit dem Budapester Appell (Budapest); Zusammenarbeit gegen Terrorismus (Moskau); Schaffung eines umfassenden Systems von Frieden und Sicherheit (Moskau); offensive Arbeit zu Menschenrechten (Sofia); Ausarbeitung eines Dokuments zur Überwindung der Unterentwicklung (Bukarest).

Vorgesehen wurden des Weiteren:

- ein Meinungsaustausch zu einigen Aspekten der Rolle der BRD im europäischen Kräfteverhältnis (Warschau)

- ein Arbeitstreffen zur Problematik der Beziehungen der Staaten des Warschauer Vertrages mit arabischen Ländern (Prag)
- ein Arbeitstreffen zu Fragen der Beziehungen mit den Staaten Lateinamerikas (Moskau).
- Treffen von militärpolitischen Experten zur komplexen Ausarbeitung der Kontrollproblematik für alle Bereiche der Abrüstung und Vertrauensbildung (Anregung der UdSSR)

Es wurde angeregt, bis zur nächsten Zusammenkunft - möglichst am Rande der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Berlin - Gedanken über die Vervollkommnung des Mechanismus des Außenministerkomitees auszutauschen.

Von sowjetischer Seite wurde zugesagt, daß die abgestimmte Tagesordnung für die turnusmäßige Tagung des PBA in Berlin in den nächsten Tagen übermittelt wird. Die Vertreter aller Teilnehmerstaaten versicherten, die Vorbereitung dieser Tagung aktiv zu unterstützen.

Die nächste Tagung des Komitees der Außenminister findet im Oktober 1987 in Prag statt.

Schlußfolgerungen

Hulaga

1. Die Ergebnisse der Tagung sind in die Vorbereitung der Entwürfe der Dokumente für die Tagung des PBA in Berlin einzubeziehen.

V.: Gen. Oskar Fischer

2. Alle Auslandsvertretungen der DDR, die Delegationen auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen, bei den Wiener Verhandlungen sowie in der Genfer Abrüstungskonferenz mit Funkverbindung erhalten ein Informationstelegramm zu den Ergebnissen der Tagung des Außenministerkomitees.

V.: Gen. Oskar Fischer

3. Die Einladungen der Bruderstaaten für die vereinbarten Treffen stellvertretender Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind wahrzunehmen.

V.: Gen. Oskar Fischer

4. Die Teilnahme von Vertretern der DDR an den neu geschaffenen bzw. verlängerten Arbeitsgruppen der Staaten des Warschauer Vertrages ist zu gewährleisten.

V.: Gen. Oskar Fischer